

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0131/2022/IV

Datum:
10.06.2022

Federführung:
Dezernat III, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:
Radstrategie 2030

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 25. Juli 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	29.06.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	06.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	20.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität, der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Gemeinderat nehmen die Informationen und das weitere Vorgehen zur Radstrategie 2030 zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• einmalige Kosten Ergebnishaushalt	120.000
Einnahmen:	
• Zuschuss vom Land wird beantragt – maximal	60.000
Finanzierung:	
• Finanzierung aus dem Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in 2022	36.000
• Finanzierung aus dem Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement in 2023	84.000
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Erstellung der Radstrategie 2030 stellt einen wichtigen Baustein der Mobilitätswende in der Stadt Heidelberg dar. Sie basiert auf der bisherigen Radverkehrskonzeption und zielt auf eine weitere Stärkung des Radverkehrs und eine damit einhergehende deutliche Verlagerung von Verkehrswegen, insbesondere vom motorisierten Individualverkehr hin zum Fahrrad in der Stadt und Region Heidelberg ab. Die Ergebnisse fließen in die Neuaufstellung des Verkehrsentwicklungsplans 2035 ein.

Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 29.06.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 29.06.2022

8 Radstrategie 2030 Informationsvorlage 0131/2022/IV

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Sauer. Diese hält einen Kurzvortrag über die Radstrategie 2030.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain erläutert den Sachstand zur Erstellung der Radstrategie. 90% der Ziele des Radentscheids seien unstrittig und könnten in die Radstrategie übernommen werden. Einige Dinge seien diskussionswürdig, dafür gebe es allerdings dann ein Fachbegleitgremium und eine Öffentlichkeitsbeteiligung, mit deren Hilfe die Probleme ausdiskutiert werden könnten. Das Ziel sei es, am Ende ein Konzept zu haben, das nicht nur Visionen zeige und Ziele formuliere, sondern tatsächlich auch eine Umsetzungscharta zu haben.

Der Fahrplan zur Aufstellung der Radstrategie sei ambitioniert, aber man müsse sich erstmal große Ziele vornehmen. Damit in den anderthalb Jahren, bis das Konzept stehe, jedoch die Maßnahmen für den Radverkehr nicht ruhten, sondern trotzdem etwas passiere, sei die Verwaltung gerade in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgruppe Rad und Vertreterinnen und Vertretern des Radentscheides, um eine Liste mit Maßnahmen vorzuschlagen, die, realistischerweise parallel zur Erstellung des Radkonzepts, umgesetzt werden könnten.

Stadtrat Michelsburg erläutert den nachfolgenden **Antrag** der **SPD-Fraktion** zu diesem Tagesordnungspunkt (siehe Anlage 01 zu Drucksache 0131/2022/IV), der als Tischvorlage vor der Sitzung verteilt wurde.

- Die Verwaltung wird gebeten, in der letzten Sitzung des AKUM im Jahr 2022 erstmals über den Entwicklungsstand der Radstrategie und die Sofortmaßnahmen zu berichten, die in diesem Jahr geplant und umgesetzt, bzw. nicht umgesetzt wurden. Hierbei sind Abweichungen vom Zeitplan zu begründen und Anpassungen bzw. Verbesserungen zusammen mit den gemeinderätlichen Gremien abzustimmen. Im Nachgang soll ein derartiger Sachstandsbericht alle 6 Monate dem AKUM vorgelegt werden.
- Die Verwaltung wird gebeten, in der AKUM-Sitzung im September die jeweils umzusetzenden Sofortmaßnahmen für den Zeitraum Ende 2022 – Ende 2023 in einer Übersicht vorzulegen.

Der **gemeinsame Antrag** der **Gemeinderatsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, GAL sowie Einzelstadtrat Dr. Weiler-Lorentz** zu diesem Tagesordnungspunkt (siehe Anlage 02 zur Drucksache 0131/2022/IV) wurde vor der Sitzung als Tischvorlage verteilt und wird nicht erläutert.

- 1) Das Amt für Verkehrsmanagement soll im Dezember 2022 erstmals über den Entwicklungsstand der Radstrategie und die Sofortmaßnahmen berichten, die in diesem Jahr geplant und umgesetzt bzw. nicht umgesetzt wurden. Ein solcher Sachbestandsbericht soll anschließend jährlich gegeben werden. Abweichungen vom geplanten Zeitplan sollen begründet werden. Erforderliche Anpassungen/Verbesserungen werden mit Gemeinderat und Begleitgremium abgestimmt. Der Bericht kann aus unserer Sicht aus einer Powerpoint-Präsentation bestehen, die öffentlich vorgestellt wird, um den Aufwand im Amt geringer zu halten.
- 2) Das Amt für Verkehrsmanagement soll bei der AKUM-Sitzung im September die für den Zeitraum bis Ende 2022 und Ende 2023 jeweils umzusetzenden Sofortmaßnahmen vorlegen.

Bei der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Michelsburg

Folgende Punkte und Fragen wurden angesprochen:

- Den Antragsstellern geht es um regelmäßige Berichterstattung.
- Über Sofortmaßnahmen wird bei der nächsten Sitzung diskutiert.
- Es bleibe noch die Frage, ob eine jährliche oder halbjährliche Berichterstattung sinnvoller sei. Mit Blick auf die geplante Umsetzung ab 2024 sei zunächst eine halbjährige Berichterstattung sinnvoll, die dann in eine jährliche Berichterstattung übergehen könne, wenn die Strategie festgelegt und beschlossen sei.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain stellt die Frage in den Raum, ob es nötig sei die Berichterstattung heute schon festzuschreiben, da im Rahmen der Konzepterstellung auch über ein etwaiges Monitoring entschieden werden könne. Darüber hinaus, müsse man sich auch Gedanken darüber machen, wie das Begleitgremium aussehen werde, insbesondere ob dieses nur aus Vertreterinnen und Vertretern von Fachverbänden bestehen solle oder ob auch Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderats Mitglieder sein sollen. In letzterem Falle stelle sich die Frage, ob es Sinn ergebe, regelmäßig im Gremium zu berichten, wenn doch die Mitglieder des Gemeinderats bereits im Begleitgremium vertreten seien.

Daraufhin wird der **Antrag** der **SPD-Fraktion** (Anlage 01 zur Drucksache 0131/2022/IV) sowie der **gemeinsame Antrag** der **Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, GAL sowie Einzelstadtrat Dr. Weiler-Lorentz** (Anlage 02 zur Drucksache 0131/2022/IV) **zurückgezogen**.

gezeichnet
Raoul Schmidt-Lamontain
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

1. Radstrategie 2030

Mit der Radstrategie 2030 soll die bisherige Radverkehrskonzeption in ein zukunftsfähiges Konzept überführt werden, dessen Inhalte wichtige Bausteine der Mobilitätswende darstellen und die zu einer Stärkung des Radverkehrs und somit zu einer deutlichen Verlagerung von Verkehrswegen insbesondere vom motorisierten Individualverkehr hin zum Fahrrad führen werden.

Die Radstrategie 2030 wird sich aus einzelnen Produkten zusammensetzen. Die Handlungsschwerpunkte sollen in folgende Teilkonzepte gefasst werden:

- Netzplanung (Hauptachsen, Nebenachsen; mit Angaben zur Art der Radführung zum Beispiel separat, gemischt, Fahrradstraße)
- Standards und Leitziele
- Bedarf und Verortung von Fahrradabstellanlagen
- Bedarf und Verortung von Verknüpfungsstellen zwischen Radverkehr und ÖPNV
- Überprüfung und Anpassung des vorhandenen Wegweisungssystems
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- Serviceangebote

Erste Erkenntnisse aus dem VEP-Prozess zu den Handlungsschwerpunkten fließen in die Teilkonzepte der Radstrategie 2030 ein. Im Ergebnis wird ein Konzept Radstrategie 2030 vorliegen, das anhand der einzelnen Teilkonzepte eine konkrete Maßnahmenliste bereitstellt, die mit einer groben Kostenschätzung und notwendigen Personalressourcen hinterlegt wird und deren Aufgaben einer Priorisierung folgend sukzessive in die Umsetzung gebracht werden. Zur Unterstützung dieser Ausarbeitung soll ein externes Fachbüro beauftragt werden, dessen Beauftragung im 3. Quartal 2022 vorgesehen ist. Die Bearbeitungszeit wird voraussichtlich ein Jahr benötigen.

Die Inhalte der Radstrategie 2030 sollen durch einen Experten-Arbeitskreis mitgestaltet werden. Außerdem ist die Beteiligung von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern vorgesehen. Das *konkrete* Konzept zur Beteiligung wird voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 21.09.2022 vorgelegt.

Die Forderungen des Radentscheids werden inhaltlich und zeitlich in die Bearbeitung der Radstrategie 2030 eingeordnet. Sie werden im Rahmen der Erarbeitung der jeweiligen Teilkonzepte beraten werden und das Ergebnis wird in den VEP 2035 einfließen.

Eine separate Betrachtung der Forderungen, wie im Antrag der Gemeinderatsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, GAL und Die Linke sowie der Einzelstadträte von Bunte Linke und HIB gefordert, ist deshalb dort abgedeckt.

Für die Ausarbeitung des Konzeptes Radstrategie 2030 werden Planungskosten in Höhe von voraussichtlich 120.000 EUR anfallen. Das Land Baden-Württemberg fördert derzeit qualifizierte Fachkonzepte als Grundlage für die kommunale Verkehrsplanung und übernimmt dabei bis zu 50% der zuwendungsfähigen Kosten, sofern die Fördervoraussetzungen qualifizierter Fachkonzepte des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg erfüllt sind. Eine Inanspruchnahme dieser Fördermittel ist vorgesehen. Ein entsprechender Antrag wird gestellt.

2. Umsetzungsstrategie – Sofortmaßnahmen 2022/23

Parallel zum Radstrategie-Prozess befindet sich das Amt für Verkehrsmanagement bezüglich der in den kommenden 1 bis 2 Jahren umzusetzenden Sofortmaßnahmen derzeit in Abstimmungsgesprächen mit der Interessensgruppe IG Rad sowie Vertretenden des Radentscheids Heidelberg. Ziel der Abstimmungsgespräche ist es, unter Berücksichtigung der gegenwärtig beim Amt für Verkehrsmanagement zur Verfügung stehenden Planungskapazitäten eine Maßnahmenliste für den genannten Zeitraum zu erarbeiten und diese einvernehmlich zu priorisieren.

Die Maßnahmen werden aus dem Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement finanziert.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen ist von dieser Maßnahme nicht betroffen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
MO1	+	Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Begründung: Die Nutzung des Fahrrades wird als Alternative zum motorisierten Verkehr attraktiver. Ziel/e:
UM 2	+	Dauerhafter Schutz von Wasser, Boden, Luft, Natur, Landschaft und Klima Begründung: Maßnahme schafft Anreize zum Umstieg auf das Fahrrad und trägt damit zur Reduktion von Treibhausgasen bei.

2. Kritische Abwägung/ Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet

Raoul Schmidt-Lamontain

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag der SPD Fraktion vom 28.06.2022 Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 29.06.2022
02	Gemeinsamer Sachantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, GAL und Einzelstadtrat Dr. Weiler-Lorentz Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 29.06.2022